

## Das Ende der Ausreisegebühr.

Hebung des Inlandverkehrs.

Die Verordnung des Reichspräsidenten über Ausreisegebühren vom 3. April 1924 ist mit Wirkung vom 18. Juni aufgehoben. Der Ausreiseverkehr ins Ausland also wieder frei.

Nachdem von der Regierung eine Gefährdung der Rentenmark durch Auslandsreisen nicht mehr als vorliegend erachtet wurde, wird nicht nur ein höherer Verkehr nach dem Auslande erwartet, sondern auch eine Hebung des Verkehrs im Innern. In der letzten Zeit waren unter der Wirkung der Auslandsperre die Preise in vielen Erholungsstädten des Inlandes ungewöhnlich in die Höhe geschraubt worden, so daß für große Teile der Bevölkerung Reisen überhaupt nicht mehr in Frage kamen. Jetzt muß man mit Bestimmtheit eine Senkung der Preise und eine Wiederbelebung des Inlandverkehrs erwarten.

## Die aus Polen vertriebenen Deutschen.

2.700.000 Goldfrank Entschädigung.

Der seit Jahren in der Schwebefestlichkeit stehende Konsulat wegen der Entschädigung der aus Polen ausgewiesenen deutschen Ansiedler ist auf dem Völkerbundtag in Genf durch eine Einigung über eine Gesamtentschädigung der polnischen Regierung von 2.700.000 Goldfrank für 500 Personen belegt worden. Sollte die Zahl der in Bezahlung kommenden Ansiedler höher sein, so würde die Ziffer dieses Entschädigungsfonds entsprechend erhöht werden. In der Frage der Übertragung der polnischen Staatsangehörigkeit durch andere deutsche Ansiedler ist dagegen bisher noch keine Einigung erzielt worden, wohl aber sind die beiden Parteien übereingekommen, daß die Verhandlungen, die ursprünglich am 1. Juni beendet sein sollten, weitergeführt werden.

## Kleine Nachrichten

### Eine polnische Protestnote.

Berlin, 18. Juni. Wie man erfährt, ist bei der Reichsregierung eine Note der polnischen Regierung eingetroffen, die wegen Nichtbeachtung der Genfer Konvention Protest erhebt. Es handelt sich um die von Polen bereits ins Leben gerufenen Optionsstellen, deren Einrichtung bei den deutschen Konsulaten von deutscher Seite angeblich verzögert werde. Die Reichsregierung wird ihre Antwortnote der Öffentlichkeit bekanntgeben.

### Tendenzmeldung der Pariser Presse.

Berlin, 18. Juni. Das Pariser "Journal" veröffentlicht die Nachricht, daß man in Paris einen Bericht des Generals Degoutte erhalten hat, in dem ausführliche Einzelheiten über die Vorbereitungen zur Vornahme eines Überfalls auf die französischen Besatzungsstruppen im Ruhrgebiet geschildert werden. Wie man an zuständiger Stelle erfährt, kann es sich hierbei nur um eine vollständige Erfindung des "Journal" handeln. Die Meldung trägt den Stempel der Unglaublichkeit an der Stirn.

### Die Verhandlungen über die Zukunft der Reichsbahnen.

Berlin, 18. Juni. Die Reichsverwaltung Deutscher Eisenbahnen und der Deutsche Eisenbahnerverband haben an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, da die Besitzergreifung besteht, daß der Umwandlung der Reichsbahnen in eine Aktiengesellschaft unter Kontrolle des Auslandes die bisherigen Rechte der Beamten aufgehoben werden. Die Beamten der deutschen Reichsbahn fordern, auch in Zukunft unmittelbare Beamte des Reiches zu bleiben und in den Dienst und Personalvorstände nicht ungünstiger gestellt zu werden als die Reichsbeamten.

### Die Beamtengehälter.

Berlin, 18. Juni. Die für heute in Aussicht genommene Sitzung des Reichskabinetts, die über die Frage der Beamtengehälter beraten sollte, ist bis Freitag, den 20. Juni, verschoben worden.

### Lohn- und Arbeitszeitfragen der Eisenbahner.

Berlin, 18. Juni. Die zum kommenden Sonnabend festgesetzte Beippreibung des Reichsverkehrsministers mit den Eisenbahngewerkschaften hat mit der Frage der Eisenbahnen nichts zu tun, wie in einigen Zeitungen vermutet wurde. Es handelt sich lediglich um eine Erörterung der Dienstdauerwörter in Verfolg der am 14. d. M. unter Vorise des Reichsanzlers mit den Spartenorganisationen stattgehabten Besprechung über die Lohn- und Arbeitszeitfrage des Eisenbahnpersonals.

### Tagung der Völkerbundvereinigungen.

Berlin, 18. Juni. Von 29. Juni bis zum 3. Juli findet in Lyon die 8. Hauptversammlung der Union der Völkerbundvereinigungen, in der Gesellschaften aus mehr als 30 Staaten zusammengekommen sind, statt. Von der Tagesordnung sind zu erwähnen: Minderheitenfragen, Frage des Garantiepaktes, Wirtschaftsfragen und ein Aufnahmeprojekt der deutschen Liga für Völkerbund und Völkervereinigung im Königreich Italien. Die deutsche Liga für Völkerbund wird u. a. vertreten sein durch ihren Präsidenten Graf Bernstorff, durch Professor Nach, Dr. Harder, ihren Geschäftsführer, und einen Militär als Sachverständigen für die Frage der Abrüstung.

### Ermäßigte Ausfuhrabgaben.

Solingen, 18. Juni. Nach einer Mitteilung der Industrie- und Handelskammer ist in Verhandlungen, die in Koblenz stattfanden, das Abkommen zwischen der Solinger Industrie und der Rheinlandkommission bis zum 31. Juli verlängert worden. Es wurde erreicht, daß für alle unter das Abkommen fallende Waren die Ausfuhrabgabe auf 2% ermäßigt wird. Es für einzelne Waren bisher schon geltenden niedrigeren Taxen blieben in Kraft. Außerdem ist für die Ausfuhr einer Reihe von Roh- und Halbflossen aus dem unbefestigten Gebiet der Jossbach auf 25% der bisherigen Bemühte herabgesetzt worden.

### Sieg der freien Gewerkschaften.

Ebersfeld, 18. Juni. Die Buppertaler Metallarbeiter hielten ihre Generalversammlung ab. Bei den Wahlen für die Ortsverwaltung erhielt die Richtung Amsterdam 601, die Richtung Moskau 411 Stimmen. Die Abstimmung bedeutet also einen glatten Sieg der freien Gewerkschaften gegenüber den Kommunisten.

### Deutschland und der Völkerbund.

Genf, 18. Juni. Deutschland wird in der Septembertagung des Völkerbundes nicht aufgenommen werden können, das ist der Eindruck, den man aus zahlreichen Gesprächen mit Delegierten aller Staaten erhält. Die Vertreter Frankreichs und Englands hätten zwar gegen eine Aufnahme Deutschlands an sich nichts einzubringen, aber man ist in Völkerbundstreifen der Ansicht, daß vorher die Fragen der Reparation, der Wirtschaftssteuer und der Sicherheiten geregelt werden müssen. Das sei nach Ansicht der führenden Delegierten, bis zur Septembertagung des Völkerbundes, ausgeschlossen.

### Falsche Gerüchte.

Genf, 18. Juni. Die Anwesenheit des Arbeitsministers Braun bei der Eröffnung der Internationalen Arbeitskon-

ferenz gab Anlaß zu dem Gerücht, daß Braun wegen einer fiktiven Fühlungnahme im Interesse der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in Genf steht. Hieran kann eindeutig keine Rede sein und das Gerücht gilt den tatsächlichen Vorfällen voraus.

## Tagesneuigkeiten

Die Klosterfest der Stadt Quedlinburg bringt am 1. Juli ein Konzert in der Schloßkirche, Musikkirtze vor dem Kloster-Hause und Gefänge vor dem Kloster-Denkmal. Die Hauptfeier am 2. Juli bildet Geheimrat Dr. Noethes Festvoortrag, der durch Kinderchor und zwei Konzerte in der Schloßkirche eingerahmt wird. Während der Feier findet eine Sonderausstellung im Kloster-Hause statt. Zur Erinnerung an die Feier wurde eine Denkmünze in Silber und Bronze geprägt und eine Festpostkarte hergestellt.

Ein Denkmal für den „Unter der Emden“. Unter Teilnahme staatlicher und städtischer Behörden sowie vieler Persönlichkeiten des alten Heeres und der Marine wurde in Blankenburg die Einweihung des Denkmals für den verstorbenen Führer der „Emden“, Kapitän von Müller in feierlicher Weise vollzogen.

Die Kinder beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing im Garten seiner Wohnung, in Gegenwart einiger Reichsminister und Vertreter von Behörden und Wohlfahrtsorganisationen, die amerikanischen Kinder, die sich für das amerikanische Hilfswerk in Deutschland aufhalten, sowie die in Berlin weilenden Vertreter der nordamerikanischen Presse. Der Reichspräsident sprach den Erziehern den Dank des deutschen Volkes aus für die große Hilfe, die in den vergangenen 4½ Jahren das Werk der amerikanisch-deutschen Kinderspeisungen für Millionen hungernder Kinder und Mütter bedeutet hat.

Telephonische Verbindung Amerika-England. Im britischen Unterhaus erklärte der Direktor des Telephon- und Telegraphendienstes, daß man zurzeit Versuche anstelle, um die Möglichkeit der Einrichtung einer telefonischen Verbindung zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien zu Handelszwecken zu ermitteln.

Die deutsche Flotte auf dem Meerestrude. In den letzten Tagen sind die ersten Versuche der Hebung der bei Scapa Flow versteckten deutschen Flotte gemacht worden. Taucher, die den „Hindenburg“ untersuchten, erklärten, daß die Schiffe mit Seetang und anderen Unterseeplatten überwuchert seien, die zum Teil bis zu 20 Fuß Länge erreicht hätten. Die Maschinen des „Hindenburg“ und die Inneneinrichtung seien vollständig unbeschädigt geblieben, so daß es möglich sein würde, das Schiff zu heben, um es zum Zwecke der Verlegung nach Queensborough, der Welt der Gesellschaft, die die Hebung durchführt, abzuschleppen.

Schweres Schiffsunglück. Im Westfjord in den Lofoten ließen die beiden norwegischen Dampfer „Haalon Jarl“ und „Kong Harald“ in dichtem Nebel zusammen. „Haalon Jarl“ ging unter. 18 bis 20 Personen, hauptsächlich Frauen und Kinder, ertranken. „Kong Harald“ wurde verhältnismäßig wenig beschädigt. Nähere Einzelheiten über das Unglück fehlen noch.

Von der Hochzeit in den Tod. Ein entsetzliches Unfall spielte sich in Kronow in Böhmen ab. Hier unternahm der Weber Böhl mit seiner ihm wenige Stunden vorher angetrauten jungen Frau einen Ausflug. Als einem Steinbrüche machten die beiden Halt zu kurzer Rast. Da rief ihnen ein Schuhmeister zu, daß gleich ein Sprungschuß losgehen werde. Ehe sich die erschrockten Leute noch erheben konnten, erfolgte eine Detonation, ein Steinstück flog der jungen Frau an den Hinterkopf und führte den sofortigen Tod bei. Der Ehemann blieb wie durch ein Wunder unverletzt.

Beraubung einer amerikanischen Briefpost. Auf dem Dampfer „Velsenland“ der Red Star Line haben Angehörige der Schiffsbesatzung einen am 8. Mai von New York abgesandten Briefbeutel mit Einschreibsendungen für Hanover während der Fahrt von New York nach England geöffnet und verausgabt. Bei der Feststellung des Inhalts durch das Postamt in Plymouth waren von den 928 Einschreibbriefen, die der Beutel enthalten sollte, nur noch 900 vorhanden. Es handelt sich um Sendungen, die in den Vereinigten Staaten von Amerika von Ende April bis 8. Mai zur Post gegeben worden sind.

Lebendig begraben. Ein merkwürdiges Begräbnis land auf dem Dominium Denkhaus, Kreis Arnsdorf, ein tragisches Ende. Ein Schnitter, der früher bei einem Kirch war, ließ sich in Gegenwart einer großen Zuschauermenge in einer 1½ Meter tiefen Grube eingraben und beobachtet als Signal für etwaige Gefahr ein Seil in der Hand. Als der lebendig begrabene Mann sich nach einer Viertelstunde immer noch nicht meldete, grub man ihn aus und fand ihn erstarrt vor. Und das alles um einer Wette über 20 Mark willen! Zwei Schnitter, die das Begräbnis ausgeführt hatten, wurden in Haft genommen. Sie werden sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten haben.

Der Gordon-Bennett-Preis der Lüfte. Sonntag fand in Brüssel der Start für den Gordon-Bennett-Preis der Lüfte statt. Von den gestarteten Ballons sind zwei bereit gelandet, der eine, ein italienischer, nachdem er 250 Kilometer, der andere, ein englischer, nachdem er 305 Kilometer zurückgelegt hatte. (Man erinnert sich, daß im vorigen Jahre dieser Ballonwettbewerb mit einer furchtbaren Katastrophe endete, da mehrere von den damals gestarteten Ballons in ein schweres Gewitter gerieten und durch Blitzeinschlag vernichtet wurden.)

### Bunte Tages-Chronik.

Halle. In der Nähe von Osterfeld wurde die einzige Tochter des Mitterquischlers Bardenwerber in einem Hornjodel erschossen. Der Mörder hatte an ihr ein Sittlichkeitsverbrechen begehen wollen, wurde aber gestoppt.

Wittenberge. In der Nähe der Stadt Wittenberge wurde ein Schulmädchen von einem zehnjährigen Jungen, mit dem es öfter Streit gehabt hatte, mit einem Rienzen erdrosselt.

Haag. Ein Wasserflugzeug der holländischen Marine ist in der Nähe der Insel Wieringen von ungefähr 1000 Metern Höhe in den IJsselmeer abgestürzt. Führer und Beobachter wurden sehr schwer verletzt. Das Flugzeug ist vollständig zerstört.

Berlin. Der Abschluß der kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft hat beschlossen, in diesem Jahre einen Kolonialkongress in Berlin am 17. und 18. September zu veranstalten.

Berlin. Die diesjährige Hauptversammlung aller preußischen Kreise hat der Verband der Preußischen Landkreise vom 21. bis 23. Juni zusammenberufen.

## Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 19. Juni 1924.

### Merkblatt für den 20. Juni 1924.

Sonnenaufgang	8 <sup>h</sup>	Mondaufgang	10 <sup>h</sup> R.
Sonnenuntergang	8 <sup>h</sup>	Mondaufgang	7 <sup>h</sup> B.

1849 Lustspielbühne Franz v. Schönthal geb. — 1868 Schriftsteller Walter Bloem geb.

### Im wogenden Achsenfeld.

Nun ist es wieder so weit, trotz dem späten Frühjahr! Neben dem üppigen, satzgrünen und dunkelrot leuchtenden Klee steht wieder das Getreide in Achsen.

Unheimlich schnell zauberte die warme Frühlingssonne die Halme aus dem harten Korn in brauner Erde.

Nun wiegt sich das Achsenfeld im Winde. Noch stehen sie alle frisch und jung wie ein Maientag morgen kerzenrade und streben zur Sonne, die sie gabt.

Wenig Wochen noch, dann neigen die besten unter ihnen das Haupt zur Erde. Nur die minderwertigen, die Hohlköpfe gaffen dann noch über die ernteschweren Halme hinweg.

Weich wohltuende Wirkung auf Seele und Gemüt hat für sehende Augen und sühlende Herzen doch der Anblick eines wogenden Achsenfeldes. Einmutig stehen sie nebeneinander, nicken und winken sich einander freundlich zu. Ein einziger schönes Bild von Liebe und Zärtlichkeit ist's, das dem menschlichen Auge sich bietet.

It's nicht, als töne aus dem leisen Rauschen der Halme ein Lied des Trostes und der Zuversicht, ist's nicht, als flüstere das Achsenfeld dem Wanderer zu: „Für dich! Für dich streben wir zur Höhe, für dich lassen wir uns vom Winde weigen, für dich leben wir den Schnitter herbei, wenn unsere Zeit gekommen ist.“

Desse dein Herz, sinnender Wanderer, für die Melodie der Jung en Ahnen. Mit ihrem Läppelton naht sich deiner Seele der Geist der Ruhe und Zufriedenheit, der, findet er in deinem Innern ein gastliches Plätzchen, zu einem mächtig padenden Choral anwachsen wird und mit den jubilierenden Vögeln über den wogenden Feldern wird auch du des Ewigen Nähe verfüren und seine Ehre rühmen . . . !

Die gesetzliche Miete vom 1. Juli ab = 38 v. H. Das sächsische Gesamtministerium hat auf Grund von § 22 des Reichsmietgesetzes und der Grund von § 27 der 3. Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 über die Berechnung der gesetzlichen Miete für die Zeit vom 1. Juli 1924 ab folgendes bestimmt: „Die gesetzliche Miete beträgt in allen ländlichen Gemeinden 38 v. H. der Friedensmiete in Goldmark ohne Einrechnung der nach der 3. Steuernotverordnung zu erledigenden sogenannten Metzinsmiete. Hierzu entfallen 18 v. H. auf die Grundmiete, den Zinsdienst, den Verwaltungsaufwand und die übrigen Betriebsosten, 20 v. H. auf die landlichen und großen Industriezinsmieten. Eine Nachschlagspflicht zur Miete für Betriebsosten und für sonstige Überlebensarbeiten sowie eine allgemeine Abrechnungspflicht der Vermieter besteht nicht. Erfolgt die Zahlung der Miete in Papiermark, so ist der Umrechnung der am Tage vor der Zahlung amtlich festgestellte Berliner Goldmarktausch zu legen.“

Nach dem bisherigen Satz bedeutet das eine Erhöhung um 3 v. H. Hierzu kommt noch die Metzinsmiete, die, um den Wohnungsbau mehr zu fördern, erhöht werden soll und zwar von 15 auf 15 v. H., wie aus der nachstehenden Gesetzesvorlage ersichtlich ist. Die Mieten werden sich also ab 1. Juli auf 3 v. H. der Friedensmiete stellen.

### Neuregelung der Metzinsmiete.

Die Regierung hat dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes über den Gebodenwertausgleich bei bebauten Grundstücken zugehen lassen. Der Begründung heißt es: „Die Besteuerung des gebauten Grundbesitzes, die durch die 3. Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 vorgeschrieben wurde, ist zurzeit durch die 1. Notverordnung zum Vollzuge der 3. Steuernotverordnung und des Finanzausgleichsgesetzes vom 28. März 1924 geregelt. Diese Notverordnung hat der Landtag genehmigt, gleichzeitig aber den Wunsch geäußert, die Materie endgültig durch Gesetz zu regeln. Diesem Wunsche kommt die Regierung durch Vorlage des gegenwärtigen Entwurfs nach, der, abgesehen von dem Steuersatz, in allen wesentlichen Punkten der 1. Notverordnung entspricht.“

Die Aufwertungssteuer lebt sich aus der Staatssteuer und den dazu erhobenen Zuschlägen zusammen. Die Staatssteuer beträgt jährlich 10 v. H. des Nutzungswertes. Die Gemeinden haben zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs einschließlich des Aufwandes, der ihnen durch Beteiligung an der Erfüllung der in der 3. Steuernotverordnung erwähnten Aufgaben entsteht, einen Zuschlag in Höhe von 15 v. H. des Nutzungswertes zu erheben. Der Ertrag dieses Zuschlags ist mindestens zur Hälfte zur Förderung des Wohnungsbau zu verwenden.

Besuch des Reichspräsidenten in Dresden. Der Reichspräsident wird nächsten Montag zum Besuch der Dresdner Tiefbauausstellung in Dresden eintreffen.

Das Deutsche Sängerbundesfest. Für das Deutsche Sängerbundesfest in Hannover sind bereits 24.000 Unterfälle angemeldet. Es ist mit einem Massenbesuch in Hannover zu rechnen. Die Vorarbeiten des Festausschusses sind in vollem Gange. Am ganzen werden mehr als 22.000 Quadratmeter überdeckte Flächen vorhanden. Eines der gewaltigsten Festzelte wird allein 800 Personen fassen. In einer Sitzung des Festausschusses, die am Montag stattfindet, werden für die Errichtung des Festplatzes und die Auschmückung der Festzeltstraßen insgesamt 130.000 M. bewilligt. Als Ehrengäste sollen der Reichspräsident, der Reichskanzler, der Reichsinnenminister, die Regierungen der Einzelstaaten, Feldmarschall von Hindenburg und andere eingeladen werden.

Gescheiterte Einigungsverhandlungen im Bergarbeiterstreit. Im sächsischen Arbeitsministerium sond am Mittwoch vormittag eine Konferenz zwischen Vertretern der Grubenbesitzer und der streitenden Bergarbeiter zur Beilegung des nun schon sechs Wochen andauernden Streits statt. Im leichten Schiedsspruch war ausgedrückt worden, daß die Arbeitgeber den Arbeitern die Hälfte des Urlaubs bezahlen. Auf Arbeitgeberseite steht man nun den Urlaub als in der Streitzeit verbraucht an. Die Arbeitgeber waren bereit, die Arbeitnehmer zu bezahlen, die Arbeitnehmer aber haben das abgelehnt. Am Mittwoch nun haben die Arbeitnehmer vor dem Arbeitsminister erklärt, den Streit sofort abzubrechen, wenn für die ganze Urlaubsdauer Lohn gezahlt wird. Die Arbeitgeber standen angefichteter mäßlicher Lage, in der sich die Werke befinden, die Forderungen nicht erfüllen. Anfolgedessen kam es nicht zu einer Einigung. Es muß abgewartet werden, ob der Reichsminister den oben angesuchten Schiedsspruch für verbindlich erklären wird.